

Mit Google übersetzt

Eine vorgeschlagene Rahmen Nationale Statut für die Förderung von Toleranz wurde am 17. September für die Mitglieder der bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres Ausschuss (LIBE) vorgestellt. Er forderte für die direkte Überwachung der vermeintlich intoleranten Verhaltens der einzelnen Bürger und Gruppen von staatlichen Stellen. Von einer Nichtregierungsorganisation vorgelegt, in der Richtlinie Vorschlag würde nicht nur die Doppelmoral in der Frage der Toleranz zu schaffen enthaltenen Ideen, sondern die Freiheit der Rede und Ausdruck stark einschränken würde. Es ist Teil einer breiteren Trend der solche Ideen zu offiziellen EU-Politik.

Eine prominente 45-Minuten-Slot wurde an den Europäischen Rat über Toleranz und Versöhnung (ECTR) gegeben, um ihre Politikvorschlag kürzlich bei einem Treffen des LIBE dieser Woche präsentieren. Die ECTR ist eine internationale Nichtregierungsorganisation im Oktober 2008 gegründet von Aleksander Kwasniewski, former President Polens und Moshe Kantor, Präsident des Europäischen Jüdischen Kongresses. Leider ihr Verständnis von Toleranz, entpuppt sich als höchst problematisch Mischung aus vage definierte Begriffe (wie Toleranz), Doppelstandards (in Bezug auf die diese Toleranz gelten soll), und eine radikale Forderung nach öffentlicher Kontrolle der Bürger und private Gruppen.

Gemäß § 4 (f) des Dokuments: "Es gibt keine Notwendigkeit, tolerant zu den intolerant zu sein (....) Vor allem (...) so weit wie die Meinungsfreiheit betrifft". Und in Abschnitt 1, ist es im Großen und Ganzen definiert "Toleranz" als "Respekt und Akzeptanz des Ausdrucks, die Erhaltung und Entwicklung der eigenständigen Identität einer Gruppe".

Ferner geht der Entwurf eines Statuts zu sagen, dass "diffamierende Kommentare veröffentlicht und gegen eine Gruppe (...) im Hinblick auf die (...) Ziel Verleumdung der Gruppe, hielt sie lächerlich zu machen oder die Beschichtung den falschen Anschuldigungen" in Betracht gezogen werden sowie Hassverbrechen - Gruppe Verleumdung und kann daher wie Akten der Intoleranz behandelt werden. Auffällig abwesend ist jedoch die Rede von Ausgleichs diese mit der Redefreiheit, die zweifellos eine der Grundfreiheiten der EU.

Die Autoren des Dokuments - eine sogenannte Expertengruppe von Yoram Dinstein, Ugo Genesio besteht, Rein Müllerson, Daniel Thürer und Rüdiger Wolfrum - gehen sogar noch weiter, indem er erklärt, dass "Toleranz muss nicht nur von staatlichen Stellen, aber ebenso von Personen ausgeübt werden ". Sie nennen diesen Ansatz, um sicherzustellen, Toleranz eine horizontale Beziehung, die zu einer Gruppe-zu-Gruppe oder eine Person-to-Person-Beziehungen bezeichnet. Dies steht im Gegensatz zu den eher traditionellen vertikalen Beziehungen zwischen Regierung und Einzelpersonen. Der Gesetzentwurf sieht vor, dann fest: "Es ist die Pflicht der Regierung, sicherzustellen, dass Intoleranz ist nicht entweder in vertikaler oder in horizontaler Beziehungen praktiziert".

Das Ausmaß, in dem dieses Denken bereits seinen Weg in die EU-Politik gefunden hat, zeigt sich mit der vorgeschlagenen 5. Gleichbehandlungsrichtlinie. Dieser Vorschlag war Gegenstand der Verhandlungen im Europäischen Rat für mehr als drei Jahre, ohne einen

Weg nach vorne, gerade wegen all der umstrittenen Ansprüche daraus gemacht. In einer Analyse von diesem Richtlinienentwurf European Dignity Uhr veröffentlicht, ist der gleiche Schub für "horizontale Kontrolle" eines jeden Bürgers von staatlichen Stellen eines der wichtigsten Anliegen.

Offensichtlich eine solche Sprache könnte zu Situationen, in denen vage oder unberechtigte Anschuldigungen gegen Personen und Gruppen eingeebnet führen. Religiösen Gruppen und Schulen, Anhänger einer bestimmten Religion oder auch nur die Eltern, die ihre Kinder bestimmte moralische Werte zu vermitteln möchten würden alle unter Generalverdacht des Seins intolerant gestellt werden.

Schlimmer noch, wenn, wie die EU-Politik verankert ist, eine solche Sprache könnte auch zu der Möglichkeit führen, dass die Preise sich auf unklare oder auch ohne Rechtsgrund gebracht. Die Kühl Dadurch würde die dramatische Abnahme (und das mögliche Verschwinden) der Grundfreiheit der Meinungsäußerung - Einzelpersonen und Gruppen würden sich zu zensieren, aus Angst, dass sie vielleicht für die Expression ihrer eigenen persönlichen moralischen Ansichten verfolgt werden.

Die Autoren dieses vorgeschlagene Statut - unter der Ägide von einer internationalen NGO für Toleranz und Versöhnung - haben die bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres Ausschuss für eingeladen, um sie als Rechts Projekt zu unterstützen. Aber nicht nur wäre eine Annahme dieses Gesetzes auf nationaler Ebene der europäischen Staaten ein wichtiger Schritt nach hinten, aber die übernationale Überwachung, die es würde bedeuten, wäre sicherlich ein schwarzer Tag für die europäische Demokratie zu sein.